

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 2/3 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonnen-Zelle 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitrage 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Instandhaltung der Fabriken.

Das Kriegsamt in Berlin hat unterm 8. August 1917 folgende Verordnung erlassen:

„Die starke Ausnutzung aller vorhandenen Werkzeugmaschinen und Gerätschaften bedingt eine verhältnismäßig starke Abnutzung. Es ist eine erste Pflicht der mit der Leitung der Betriebe betrauten Personen, ständig ein wachsames Auge auf den Zustand ihrer technischen Einrichtungen zu haben und die erforderlichen Ausbesserungsarbeiten rechtzeitig anzuordnen; ein kleiner Eingriff zur rechten Zeit kann schweren, langwierigen Störungen im Betrieb vorbeugen.“

Um diejenigen Fabriken zu unterstützen, die nicht selbst in der Lage sind, die erforderlichen Ausbesserungen rasch und sachgemäß durchzuführen, hat das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt die Maschinenausgleichstellen angewiesen, bei Reparaturarbeiten tatkräftige Unterstützung zu leisten und geeignete nahe gelegene Firmen, nötigenfalls mit Hilfe des Amtes, nachzuweisen.“

Mit dieser Anordnung ist eine auch für die Arbeiterschaft äußerst wichtige Frage berührt worden. Für diese wichtig freilich aus einem andern Anlaß, als den das Kriegsamt hat: handelt es sich für letzteres um Vermeidung von Betriebsstörungen und etwaigen sachlichem Schaden, so für die Arbeiter um den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens, also jedenfalls weit wertvollerer Güter. Die Besprechung der Angelegenheit von diesem Gesichtspunkt aus erscheint uns daher weit dringlicher, denn hier kann erst recht „ein kleiner Eingriff zur rechten Zeit“ vor noch schwereren und langwierigeren Nachteilen schützen.

Zunächst läßt in der Tat der Zustand mancher Fabriken äußerst viel zu wünschen übrig. Der durch die gesteigerte Ausnutzung der maschinellen Einrichtungen und Geräte in Verbindung mit derjenigen der menschlichen Arbeitskräfte getriebene Raubbau muß nach einiger Zeit den schwersten Schaden anrichten. Alle vorhandenen Gradmesser zeigen auch die umfangreichen Nachteile an, die durch die Ueberbeanspruchung aller Kräfte allenthalben schon eingetreten sind. Die Zahl der Kranken bei allen Krankenkassen hat von 1915 zu 1916 und noch mehr zu 1917 erheblich zugenommen, ebenso haben sich die Betriebsunfälle in der gleichen Zeit stark vermehrt. Die Berichte der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften bringen umfangreiches statistisches Material hierüber bei; es würde zu weit führen, es hier wiederzugeben. Wenn in neuester Zeit von verbesserter „Bevölkerungspolitik“ und gesteigerter „Menschenökonomie“ geredet wird, so bietet sich hier ein großes Feld für die Betätigung. Mit Recht sagt das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben: „Die im Dienste des Wirtschaftslebens während des Krieges tätige Arbeiterschaft muß nach Möglichkeit vor Gesundheits- und Unfallgefahren geschützt werden. Bei den Opfern an Menschenleben, die der Krieg fordert, ist eine schonende Behandlung unsrer lebendigen Wertquellen nicht bloß ein Gebot der Sittlichkeit, sondern auch der Volkswirtschaft.“

Leider ist aber auch hier festzustellen, daß durch den Krieg nicht nur der Zustand der Fabriken, sondern auch der Schutz der Arbeiter und die zu dem Zwecke getroffenen Einrichtungen selbst auf das schwerste gelitten haben und in steigendem Maße weiter leiden. Hier kommen vornehmlich zwei Institutionen in Frage: die Unfallverhütungsmassnahmen durch die Berufsgenossenschaften und die Gewerbeaufsicht. Die Ueberwachung der Betriebe durch die Berufsgenossenschaften ist während des Krieges stark eingeschränkt worden. Ein großer Teil der technischen Aufsichtsbeamten ist zum Heeresdienst eingezogen; die Stellen sind inzwischen nicht anderweit besetzt worden. Die verbliebenen Beamten sind mehr als bisher mit andern Arbeiten belastet worden. Aus den Berichten des Reichsversicherungsamtes über die Tätigkeit der Beamten geht hervor, daß dieselben im Jahre 1913 zusammen 67 780 Revisionstage nachwiesen, von denen 50 383 auf Besichtigung der technischen Einrichtungen der Betriebe entfielen. Für das Jahr 1915 werden nur 35 412 Revisionstage nachgewiesen, von denen 25 750 auf Betriebsbesichtigungen entfielen. Hieraus ergibt sich, daß die Zahl der Betriebsbesichtigungen um genau die Hälfte zurückgegangen ist. Soweit für das Jahr 1917 Angaben vorliegen, zeigen diese, daß die Betriebsüberwachung noch weiter eingeschränkt worden ist. Ueber die von den Aufsichtsbeamten vorgefundenen Mängel besprechen wir, noch keine statistischen Aufzeichnungen. Die Angaben der einzelnen Beamten weichen auch in der Form sehr voneinander ab, so daß sich ein Gesamtbild auch schätzungsweise nicht geben läßt. Bei vielen Berufsgenossenschaften gibt etwa die Hälfte der revidierten Betriebe Urjade zu Beanstandungen. Soweit Vergleichs möglich sind, zeigt sich deutlich, daß in den letzten Jahren die vorgefundenen Mängel zugenommen haben. Hier sind einige Belege aus den Geschäftsberichten der Berufsgenossenschaften selbst:

Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft sagt in ihrem Bericht über 1916: „Die kräftigste Vermehrung der technischen Aufsichtsbeamten durchzuführen, war auch in diesem Jahre noch nicht möglich. Von den vier Aufsichtsbeamten stehen zwei im Heeresdienst.“ Die Ziegelei-Berufsgenossenschaft schreibt im Bericht über 1916: „Infolge zahlreicher Einberufungen der sachkundigen Unternehmer, der lang-

jährigen Betriebsbeamten, der erfahrenen Meister und tüchtigen Arbeiter, ebenso durch Mangel an Handwerkern und an Material aller Art erwachsen im Kriege der Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen vielerlei Schwierigkeiten.“ Im Bericht der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie über 1916 heißt es: „Das vielfach ungeschulte und häufigem Wechsel ausgesetzte Personal sowie das Fehlen geeigneter Hilfskräfte zur Instandsetzung der Betriebs-einrichtungen bringen es mit sich, daß nicht überall dieselbe Ordnung und Vorforge getroffen wird wie in Friedenszeiten.“ Die Lederindustrie-Berufsgenossenschaft klagt darüber, daß „viele unfundierte Unternehmer des Geldmachens halber sich auf den Beruf gelegt“ und Betriebe eingerichtet hätten, die vieles zu wünschen übrig ließen. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft stellt fest, daß in einigen großen Betrieben die Zahl der Unfälle unter sonst gleichen Verhältnissen um 30 bis 40 Prozent zugenommen habe. Eine andre Berufsgenossenschaft schreibt: „Naturgemäß war das Bild von der Sicherheit der Betriebe nicht das gewohnte wie in früheren Jahren.“ Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie schreibt in ihrem Bericht über 1916, daß die Anordnungen der Aufsichtsbeamten auf Schwierigkeiten insofern stoßen, als zu ihrer Ausführung die geeigneten Handwerker fehlen oder die für die Viefierung in Betracht kommenden Fabriken mit Aufträgen für Heereslieferungen überbürdet waren. Die Schwierigkeiten in der Unfallverhütung und Betriebsüberwachung, die bereits 1915 vorhanden waren, seien im Jahre 1916 „in erheblicher gesteigerter Maße in die Erscheinung getreten“. Die Gefahren seien außer der erhöhten Produktion selbst weiter gesteigert worden durch den fortwährenden Ausbau und die Erweiterung der Betriebe. Die Bauarbeiten innerhalb der Betriebe und die dadurch bedingte Verdrängung der Bauarbeiter mit den Betriebseinrichtungen sowie die Transporte auf den vorhandenen Verkehrswegen schufen neue Unfallquellen. Dazu kam noch die fortgesetzt erforderlich werdende Umänderung der Apparatur, weil einerseits zur Vergrößerung der Leistung vorteilhaftere Arbeitsmethoden angewendet werden mußten, andererseits aber der allmähliche Verbrauch der früher vorhandenen Rohstoffe die Heranziehung von Ersatzstoffen notwendig machte. „Die Bemängelungen hinsichtlich der Bühnen, Leitern, Gruben und Treppen waren in erheblich größerer Zahl als früher zu verzeichnen.“ Mehrliche Klagen werden von fast allen Berufsgenossenschaften vorgebracht.

Die Gewerbeaufsicht hat eine ähnliche Einschränkung erfahren und mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Zahl der Beamten ist zurückgegangen. Daneben wurden die Gewerbeinspektionen mit einer Menge anderer Arbeiten belastet: die Prüfung und Begutachtung der Anträge auf Ausnahmen vom Arbeiterinnen- und Jugendschutz, der Sonntagsruhe usw., die Begutachtung der Besuche auf Freireiung der Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht, die Prüfung und Begutachtung von Zurückstellungsgesuchen von Fabrikbesitzern, Meistern und Arbeitern, Begutachtung der Würdigkeit und Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe, Besichtigung der Getreidemühlen, Mitwirkung in den Kreis- und Kreisaußschüssen der Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. Darunter selbst natürlich die eigentliche Aufgabe der Gewerbeaufsicht: die Ueberwachung der Betriebe, sehr. Die Zahl der Revisionen ist, soweit zu übersehen, ganz erheblich zurückgegangen. Leider erscheinen seit Kriegsausbruch die Berichte der Gewerbeinspektoren nicht mehr, so daß es nicht möglich ist, das alles zahlenmäßig nachzuweisen. Es besteht aber kein Zweifel, daß unter all diesen Vorkäufen die Wirkung der Gewerbeaufsicht und damit der Arbeiterschutz selbst sehr leidet.

Was ist da zu tun? Auf die zuständigen und maßgebenden Stellen einwirken, daß die Mängel beseitigt werden. Was die Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften anbetrifft, so hat das Reichsversicherungsamt wiederholt Ratschläge zur Verbesserung derselben gegeben. Die Arbeiter können hier aber auch selbst mitwirken. Es sei daran erinnert, daß nach § 837 der Reichsversicherungsordnung alljährlich die Vorstände der Berufsgenossenschaften unter Hinzuziehung von Vertretern der Versicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen und die zur Verbesserung der Unfallverhütung gebotenen Maßnahmen anzuregen haben. Hierbei sollen die Arbeitervertreter ihre Beschwerden und Wünsche eingehend vorbringen. Auch innerhalb der Fabrik selbst können die Arbeiter durch eigene Achtsamkeit, Vorsichtswachen bei den Betriebsbeamten und Betriebsinhabern manche Mängel beseitigen. Hierzu muß sowohl die nötige Zeit wie Energie aufzubringen sein, denn es handelt sich um das eigene Leben der Arbeiter, das auf dem Spiele steht. Die Aufsichtsbeamten sagen immer, daß der größte Teil der Betriebsunfälle angeblich durch Nachlässigkeit und Leichtsinn der Arbeiter selbst entständen. Das mag übertrieben sein, für einen Teil der Unfälle trifft aber die Behauptung zu. Die Arbeiter sollen doch daran denken, daß um eine Unfallrente ein langer und jäherer Kampf zu führen ist und selbst bei glücklichem Ausgang desselben nicht entfernt der wirkliche Schaden des Verletzten ersetzt wird. Im übrigen ist, namentlich soweit die Gewerbeinspektion in Frage kommt, auf die Gesetzgebung einzuwirken, daß durch bessere gesetzliche Vorschriften die vorhandenen Mängel beseitigt werden.

Die aufgehobenen Arbeiter-Schutzvorschriften sind mindestens in ihrem früheren Umfange wieder herzustellen, die Zahl der Aufsichtsbeamten ist (durch Einstellung geeigneter Arbeiter) zu vermehren, die Strafvorschriften sind zu verschärfen und anzuwenden und so weiter. Es steht die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft auf dem Spiele! F. M.

Wie der Krieg wirkt.

Darüber, wie der Krieg auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung wirkt, schrieb die „Tonindustriezeitung“ in einem Werbeauftrag für die 7. Kriegsanleihe (Nr. 116 vom 2. 10. 17):

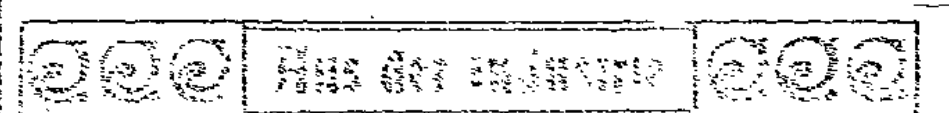
Manche Menschen lieben es, in Vergleichen zu reden, um sich interessant zu machen, und der Zuhörer ist dann leicht geneigt, diese für geistreich zu halten, besonders, wenn dabei Personen und Verhältnisse in Gegenüber gestellt werden. So wird jetzt ein Sprüchlein herumgesprochen: „Der Krieg sei nur für die Reichen, die nur noch reicher würden, — der Mittelstand würde sich durch die Kriegsanleihe nur gerade so durch — aber der Arbeiter gehe ganz zu Grunde.“

Nun ist aber der Begriff „reich“ und „Mittelstand“ an sich schon recht dehnbar, und so bietet jener Satz in der Tat keinen Anhalt für die Beurteilung der Wirkungen des Krieges. Aber es gibt andre Kennzeichen, wie der Krieg wirkt.

Allerdings werden viele Unternehmer durch Kriegslieferungen reich; aber auch der kleinere Kaufmann und der Handwerker, die dem Mittelstande angehören, alle diese verdienen jetzt beträchtlich viel Geld, da sie ja die Preissteigerung einfach auf die Ware draufschlagen; ja in der Regel sogar noch mehr; also kann dieser Teil des Mittelstandes keine finanzielle Not leiden. — Was nun aber den Arbeiter anbelangt, so zeigen nicht nur die hohen Arbeitslöhne, die in allen Fabriken und Werkstätten gehäuft werden, sondern auch die Sparkassen-Einlagen, die zum größten Teile gerade von Arbeitern gemacht werden, wie es dem Arbeiterstande jetzt geht. Im ersten Halbjahre 1917, also mitten im Kriege, sind beinahe zwei Milliarden Mark (1860 Millionen Mark) bei den deutschen Sparkassen eingezahlt worden, also mehr als zu Beginn des Krieges. Hieraus geht aber hervor, daß der Arbeiter durch den Krieg nicht zugrunde geht. Daß aber ganz abgesehen hiervon der Krieg gerade auch im Interesse der Arbeiter fortgeführt werden muß bis zum siegreichen Ende, das hat der Mann an der Spitze der deutschen Gewerkschaften, der Abgeordnete Legien, im Reichstage bei der denkwürdigen Erinnerungstafel am 4. August d. J. deutlich und begeistert ausgesprochen. Und das gleiche hat nach ihm auch die Bremer Arbeiterschaft mit ihrer bekannten Kundgebung.

Man beachte zunächst die vielsagende Abstrufung: viele Unternehmer werden reich, Angehörige des Mittelstandes verdienen viel Geld (was nicht gleichbedeutend ist mit reich werden) und die Arbeiter gehen nicht zugrunde. Damit ist die irdische Rangordnung durchaus gewahrt. Die Arbeiter gehen nicht zugrunde — was wollen sie mehr! Den Ehrgeiz, auch reich werden zu wollen, müssen sie sich selbstverständlich aus dem Kopfe schlagen.

Die Berufung auf Legien ist natürlich durchaus abwegig. Legien hat unfres Wissens nie und nirgends ausgesprochen, daß „gerade auch im Interesse der Arbeiter“ der Krieg fortgeführt werden müsse bis „zum siegreichen Ende“. Vielmehr tritt Legien für den Frieden der Verständigung ein, d. h. für einen Frieden, in dem nicht der Sieger dem Besiegten die Bedingungen diktiert, sondern eine gegenseitige Verständigung über die stützigen Fragen erfolgt. Und was besonders die Berufung auf die Bremer Arbeiterschaft anlangt, so haben wir da mehrere Fragezeichen zu machen. Soweit uns bekannt ist, steht die Arbeiterschaft Bremens dem Kriege wesentlich anders gegenüber, als der Aufruf der „Tonindustriezeitung“ glauben machen will. Berufungswiese wird dann auch nicht angegeben, welche Worte von Legien und welche Kundgebungen der Bremer Arbeiterschaft gemeint sind, so daß eine nähere Nachprüfung erschwert wird. Aber auch ohne eine solche dürfen wir feststellen, daß die Arbeiterschaft nicht die Fortführung, sondern die baldige Beendigung des Krieges wünscht und erhofft, und daß weder Legien noch die Bremer Arbeiterschaft dem alldeutschen Ideal eines Sieges-Ende-Krieges nachstreben.



Chemische Industrie

Zukunftshoffnungen in der Kaliindustrie.

Die Kaliwerke haben die Kriegskonjunktur nicht ganz so gut ausnützen können wie die meisten andern Industriezweige. Vor allem deshalb nicht, weil ihnen durch das Kaligehalt die Preisbestimmung entzogen ist. Die Kalipreise werden nicht von den Unternehmen oder ihren Vereinigungen, sondern von der gesetzgebenden Körperschaft, dem Reichstage, festgelegt. Nun hat allerdings der Reichstag, dem Drängen der Unternehmer nachgebend, in der Kriegszeit die Preise wiederholt heraufgesetzt, so daß die jetzigen Kalipreise die Friedenspreise ganz erheblich überlegen. Inwiefern bleibt diese Preissteigerung hinter der für die meisten sonstigen Industriezweige eingetretenen noch weit zurück. Die Kaliinteressenten fordern deshalb auch sehr laut und dringend weitere Preisserhöhungen, und sie werden sie voraussichtlich auch durchsetzen.

Die Hoffnung auf eine weitere Steigerung der Kalipreise ist es wohl auch, die zu einer nicht unerheblichen Kurssteigerung der Kalipapiere geführt hat. In den erzielten Gewinnen ist nämlich eine solche Steigerung nicht begründet. Zwar verdienen einzelne Werke auch in der Kriegszeit ganz gut, aber von dem sonst fast allgemeinen Kriegszustand spürt die Kalkindustrie wenig.

Neben der Erwartung einer baldigen Preisrückbildung hat wohl auch die Hoffnung auf ein gutes Friedensgeschäft zu der Überbewertung der Kalipapiere geführt. Ohne Frage fehlt das deutsche Kali der ausländischen Landwirtschaft, und es ist damit zu rechnen, daß bald nach Friedensschluß eine starke Ausfuhr einsetzt wird, für die dann wahrscheinlich „angemessene“, d. h. hohe Preise angefordert werden sollen. Ganz stockt die Ausfuhr auch jetzt nicht. Zwar ist es im Vergleich zur Erzeugung nicht viel, was ausgeführt wird, aber es wird an dem wenigen wenigstens gut verdient. Für die Ausfuhr werden an sich höhere Preise berechnet, und diese Preise werden zum Friedenskurs der Markt in die Auslandswährungen umgerechnet; die auf diese Weise erhaltenen ausländischen Zahlungsmittel oder Guthaben werden der Reichsbank zur Verfügung gestellt, die sie zum jeweiligen Augenblicklich noch sehr hohen und vor kurzem noch höheren Kriegskurs der ausländischen Zahlungsmittel umrechnet. In einer Geschäftskammerversammlung des Kalksyndikats Anfang November wurde mitgeteilt, daß im Laufe des Jahres 1917 schon 5 Millionen Mark an Währungs-Sondergewinne den Geschäftsführern zugeführt wurden, und daß das Syndikat weitere 3 Millionen Mark aus demselben Erwerbe zur Verteilung bringen werde.

Wenn schon bei der jetzigen geringen Ausfuhr so ansehnliche Uebergewinne erzielt werden, begreift man die Hoffnung der Spekulanten, daß die Zukunft der Kalkindustrie eine goldene Ernte bringen wird. In der Industrie selbst wird stark aufgerüstet. Während früher Kalkgerichte und Kalkwerke von größeren Unternehmen aufgekauft wurden, um eine Verringerung der Syndikatsquote und damit eine Verschlechterung der Produktionsbedingungen hintan zu halten, kaufen jetzt die großen Konzernwerke auf, um sie mit ihren bisherigen zu finanziell und technisch bis zum Höchstmaße auszubehalten und zu verschmelzen. Daneben macht sich das lebhafteste Bestreben geltend, die Kalksalze weiter zu verarbeiten und chemische Fabriken zu diesem Zwecke zu errichten. Die meisten dieser Konzentrationsbestrebungen stehen allerdings noch im Anfangsstadium. Den Anfang hat der Disconto-Gesellschaft nahe stehende Konzern A. J. H. S. L. durch Angliederung der Kalkwerke Hattorf gemacht. Nun folgen auch die Deutschen Kalkwerke, die vorerst befristet sind, eine Reihe von Werken, an denen sie bisher nur beteiligt waren, gänzlich aufzukaufen. Im Eigenbesitz dieses Werkes befinden sich schon die Gewerkschaften Bernerode, Neu-Weicherode, Nordhäuser Kalkwerke und Ludwigshall, für die ein Kapital von 21 Millionen Mark aufgebracht worden ist. Zur Zeit wird über den Erwerb der Gewerkschaft S. M. n. r. o. d. e. verhandelt.

Hier und da tauchen auch Gerüchte auf, daß die Regierung ein Kalimonopol plant und daß die Überbewertung der Kurse zurückzuführen ist auf die Hoffnung, von der Regierung entsprechend hohe Abschuldungsgelder herauszuschlagen. Zuzutrauen ist den Spekulanten auch diese Erwägung. — es fragt sich nur, ob sie da nicht sehr spekulieren.

Höchstlöhne für die Gummiindustrie?

In der „Gummizeitung“ wird in einem Rückblick auf das Jahr 1917 festgestellt, daß das Kapital „trag erhaltener Speise, namentlich in Hinblick auf die enorm gesteigerten Arbeitslöhne“ doch „recht lohnend“ gewesen ist. Wenn schon ein Unternehmerorgan das Ergebnis eines Jahres als recht lohnend bezeichnet, darf man vermuten, daß die Unternehmer sehr viel Grund zur Zufriedenheit haben, daß die Gewinne außerordentlich reichlich geblieben sind. Man sollte deshalb auch annehmen dürfen, daß die so reich mit Gewinnen bedachten nun wenigstens den Arbeitern ihre Löhne nicht verweigern, zumal diese, besonders in der Gummiindustrie, keineswegs enorm gestiegen sind, sondern der Zunahme durchaus noch nicht entsprechen. Aber schon daß die Löhne überhaupt gestiegen sind, liegt manchen Vorkriegern im Magen. Und daß sie, der Zunahme wenigstens etwas folgend, weiter steigen, soll mit allem Mühe verhindert werden. In dem erwähnten Aufsatz der „Gummizeitung“ heißt es deshalb im Hinblick auf einen Hinweis auf die Entziehung von Sozialrenten durch den Herrscher:

„Andererseits wird aber dadurch, daß den Unternehmern so viele Arbeiter entzogen werden, natürlich auch der Lohn der Leute in die Höhe gedrückt. Es wäre deshalb zu erwägen, ob man sich nicht über Höchstlöhne verständigen könnte.“

Unser Gedächtnis läßt es näher, sich angefaßt der wahnsinnigen Denkung über Mindestlöhne zu verständigen, damit die Arbeiter sich wenigstens einigermaßen kräftig fühlen und mit der noch vorhandenen Arbeitskraft nicht Raubbau getrieben werden muß. Für Höchstlöhne besteht ein Bedürfnis höchstens bei den unerschütterlichen Erzeugnissen, die den Arbeitern nicht einmal einen bescheidenen Lohnanspruch für die Leistung gönnen, für sich aber bei Bedarf nicht schamlos genug vorkommen können.

Wahrheitsgemäß zur Festlegung von Höchstlöhnen zwei: die Unternehmer, die sie festlegen und — die Arbeiter, die sich um solche Festlegungen bemühen. Sie können aber versichern, daß die Arbeiterheit der Gummiindustrie gar nicht daran denkt, sich mit Höchstlöhnen abzugeben, die ohne ihre Zustimmung festgesetzt sind und die den Konventionen der Zeit durchaus nicht Rechnung tragen.

Papier-Industrie

Die segensreiche Tätigkeit der Papierindustriellen.

Währlich einmal kommen die Geldgeber der Aktien-gesellschaften auf ihren Generalversammlungen zusammen, um über die Geschäftsergebnisse des letzten Jahres zu beratschlagen, den so schwer erarbeiteten Reinertrag zu verteilen oder auch mit betrübtem Gesichte die Verlustrechnung entgegenzunehmen. Der letztere Vorgang ist während der Kriegszeit zu einer seltenen Erscheinung geworden, so daß sich der Bericht der Generalversammlungen immer mehr zu einer „segensreichen Tätigkeit“ für die Papierindustriellen und ihre Geldgeber gestaltet hat. Trotzdem stimmen diese immer noch die ersten Klageklagen aus der Friedenszeit an. Sie klagen über den schlechten Geschäftsgang, jammern über die Schwierigkeiten, die der Weltkrieg für die Anpreisung der Betriebe gebracht hat, über drohende gar mit Betriebsstörungen und Betriebsstilllegungen, wenn die Papierverbraucher sich nicht baldmöglichst entschließen, abermals höhere Papierpreise zu bezahlen. Das alles kündigt sie aber nicht, den erzielten Uebergewinn kampflos zu verteilen, höhere Dividenden als zur Friedenszeit einzusetzen und den Bemerkungswürdigen die Lanteme mit einem angemessenen Kriegszuschlag zu bewilligen. Gewöhnlich jammern die Herr-

schaften dann auch über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, die absolut nicht einsehen wollen, daß hohe Reingewinne im Interesse der Industrie erzielt werden müssen und niedere Löhne dem Wohlergehen der Arbeiter entsprechen.

Ganz nach dem Wohlverhalten der Arbeiter richten die Aktionäre dann auch ihre „segensreiche Tätigkeit“ in den Generalversammlungen ein. Waren die Arbeiter während des Geschäftsjahres recht hübsch brav und folgsam, und haben sie während dieser Zeit ihrer Betriebsleitung die wohlverdiente Ruhe durch Lohnforderungen nicht vergällt, dann erhalten sie auch einen höheren Betrag in der sogenannten Arbeiter-Unterstützungskassen, aus denen dann der liebe Weihnachtswann seine Gaben für die Arbeiter schöpft, und aus denen sie in Fällen dringender Not durch die Güte ihres Unternehmers kleinere Almosen erhalten können. Haben aber die Arbeiter während des Geschäftsjahres die Anmaßung besessen, höhere Arbeitslöhne zu fordern, dann wird gewöhnlich der Wohl-tätigkeitsdrang der Unternehmer eingedämmt, und die Folge davon ist, daß den Arbeiter-Unterstützungskassen weniger oder auch gar nichts überwiesen wird. In solchen Fällen sind dann jene „Arbeiter“ erloht, die gar zu gern in der Gnadenfonne ihres Unternehmers schwelgen, während die andern Arbeiter über den Ausfall der Wohl-tätigkeitsunterstützung mit geringschätziger Miene hinwegsehen, weil sie es durch ihre Lohnforderungen verstanden haben, die Gnadenbroden in anspruchsberechtigte Lohnherhöhungen umzuwandeln.

Zum Beweise dafür, daß die Unternehmer während der Kriegszeit mehr als je in der Lage sind, ihrer Arbeiterschaft ausreichende Löhne statt Brosamen vom Dividendenstücke zu gewähren, mögen einige Geschäftsergebnisse von Papierfabrik-Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1916/17 hier folgen. Die Winter-schen Papierfabriken in Buztehuber-Altloster, deren Friedens-Generalversammlungen zu den Schreckenstagungen ihrer Geldgeber gehörten, weil sie an diesen oftmals einen Gewinn in den Geldbeutel machen mußten, anstatt etwas hineinzubekommen, verteilen für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 796 877 Mk., der die dreifache Höhe des Vorjahres erreicht hat, trotzdem die Papierfabrik in Altloster am 17. Mai 1917 von einem Brande schwer betroffen wurde. Aus diesem Reingewinn erhalten die Aktionäre 10 Prozent Dividende, während sie im Vorjahre noch leer ausgegangen. Für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit erhalten die Verwaltungsmitglieder 61 307 Mk. an Lantemen; im vergangenen Jahre mußten sie sich noch mit 28 000 Mk. zufrieden geben. Trotz des günstigen Geschäftsabchlusses wurden dem Arbeiter-Unterstützungsfonds nur 16 201 Mk. gegen 50 000 Mk. im Vorjahre zugewiesen. Dabei wissen wir allerdings nicht, ob die Papierarbeiter in den Betrieben der Gesellschaft im Geschäftsjahre Lohnforderungen erhoben haben, die den Wohl-tätigkeitsfunds der Firma so erheblich belasten, oder ob die Firma die Erhöhung der Lantemen für Vorstand und Aufsichtsrat auf Kosten der Arbeiter-Unterstützungskasse vorgenommen hat. Obwohl die Firma mit ihrem Jahresergebnis reichlich zufrieden sein könnte, bringt sie es doch fertig, im Geschäftsbericht zu jammern: „Das Geschäftsjahr 1916/17 war ebenso wie das vorhergehende durch die infolge des Krieges herrschenden widrigen Verhältnisse beeinflusst.“ Die Tatsache, auf einmal zehn Prozent Dividende einstecken zu müssen, nachdem sie sich jahrelang daran gewöhnt hatten, leer auszugehen, ist für die Aktionäre des Unternehmens wirklich zu „widrig“.

Ähnlichen „widrigen“ Verhältnissen müssen sich auch die Aktionäre der Schlesischen Zellulose- und Papierfabriken, A.-G., in Kunnersdorf für das Jahr 1916/17 anpassen. Da sie auch durch einen überreichen Dividendenfegen in den letzten Friedensjahren nicht verwöhnt waren, werden sie den Schmerz, nun auf einmal 14 Prozent einstecken zu müssen, ebenso schwer empfinden wie ihre Kollegen aus Buztehuber. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre in der Höhe von 74 348 Mk. beträgt der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr 1 271 038 Mk., aus dem die Aktionäre 104 000 Mk. als Dividende, 260 000 Mk. als Reividende, der Aufsichtsrat 45 990 Mk. und Vorstand und Beamte 85 187 Mk. als Lantemen und Gehälter erhalten. Dem Beamten-Pensionsfonds und der Arbeiter-Unterstützungskasse wurden je 50 000 Mk. überwiesen und außerdem für verschiedene Wohlfahrtszwecke 40 000 Mk. bereitgestellt. Für die Ueberführung in die Friedenswirtschaft wurden 250 000 Mk. zurückgestellt. Dem gesetzlichen Reservefonds wurden 253 844 Mk. überwiesen, und der Rest von 132 017 Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Außerdem sollen 15 000 Mk. der Kriegsbeschädigtenfürsorge, 10 000 Mk. der Nationalstiftung der im Kriege Gestorbenen und 15 000 Mk. den Gemeinden, in denen sich die Fabrikniederlassungen befinden, zugewiesen werden. Für die Unterstützung der Legeertramen wurden 27 127 Mk. ausgegeben. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr bemerkt der Bericht: „Durch die rechtzeitige Versorgung mit geeigneten Rohstoffen sowie durch die Anpassung an die Forderungen des Papiermarktes (soll wohl heißen durch anstreichende Papierpreisforderungen!) gelang es uns, ein recht befriedigendes Ergebnis zu erzielen.“ Ueber die Aussichten im laufenden Geschäftsjahre bemerkt der Bericht weiter: „Das laufende Geschäftsjahr hat sich bisher befriedigend entwickelt und läßt wieder einen guten Nutzen erhoffen.“ Würden die Kunnersdorfer Papierarbeiter ihre Forderungen dem Wirtschaft- und Lebensmittelmarkt etwas besser angepaßt haben, dann könnten sie auch über ein „recht befriedigendes Ergebnis“ für das abgelaufene Geschäftsjahr berichten. Da sie das aber nicht getan haben, so bleibt nur zu hoffen, daß sie mit Hilfe ihrer Gewerkschaftsorganisation ihre Lohnforderungen „für das laufende Geschäftsjahr befriedigend entwickeln, um einen guten Nutzen erhoffen zu können.“

Noch viel „widriger“ gestaltet sich das Schicksal der Aktionäre der Kempter Papier- und Pergamentpapierfabrik, A.-G., für das Jahr 1916/17. Die armen Aktionäre müssen sich die Erhöhung ihrer Dividende von 6 auf 20 Prozent gefallen lassen bei einem Reingewinn von 265 545 Mk. In diesem Unternehmen haben die Arbeiter mehr als die Hälfte des 500 000 Mark betragenden Aktienkapitals als Reingewinn heraus-gewirtschaftet und dadurch die Aktionäre der Firma in die Verlegenheit gebracht, nun auch noch Kriegsgewinnsteuer bezahlen zu müssen. Die Höhe der Dividende, die die Aktionäre der Kempter Papierfabrik aus dem 245 068 Mk. betragenden Reingewinn für das Geschäftsjahr 1916/17 erhalten, ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich kommen auch sie in die „widrige“ Lage, in diesem Jahre mehr Dividende schlucken zu

müssen als im Vorjahre, wo der Reingewinn nur 59 529 Mk. betrug. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Abschreibungen von 477 634 auf 677 998 Mk. erhöht und die Nebenlagen, die im Vorjahre noch mit 226 166 Mk. belastet waren, bis auf 1 Mk. abgeschrieben werden konnten. Seitdem die Firma die Papiergarnspinnerei mit in ihren Betrieb aufgenommen hat, spinnen und weben die Arbeiter ihren Aktionären tatsächlich goldene Rosen ins irdische Leben.

Natürlich sind die Aktionäre der Papierfabrik M. & M. H. L. im abgelaufenen Geschäftsjahre ebenso geplagt wie ihre übrigen Kollegen im Reich. Auch sie müssen sich eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 10 Prozent gefallen lassen, nachdem aus dem Reingewinn von 79 054 Mk. für Abschreibungen 23 597 Mk. gebucht wurden. — Weil die finanzielle Belastung der Aktionäre während der Kriegszeit zur Mode geworden ist, erhöht die Gustav Schaeuffelensche Papierfabrik in Heilbronn die Dividende im abgelaufenen Geschäftsjahre von 8 auf 14 Prozent. Dafür wird der Betrag von 175 000 Mk. aus dem 465 881 Mk. betragenden Reingewinn entnommen. Dem Reservefonds wurden 50 000 Mk. überwiesen und ein neuer Dividenden-Reservefonds mit 50 000 Mk. errichtet. Zur Förderung der Wohlfahrt wurden 25 000 Mk. gezeichnet und zur Unterstützung der Arbeiter und Beamten sowie für Geschenke an öffentliche Wohltätigkeitsanstalten der Gesamtbetrag von 70 000 Mk. zur Verfügung gestellt. An Familienunterstützung ihrer zum Heere eingezogenen Krieger bezahlte die Firma im Berichtsjahre die Summe von 48 800 Mk.

Der Verein für Zellstoffindustrie in Dresden bringt 20 Prozent Dividende zur Ausschüttung. — Die Schlesische Pappfabrik, A.-G., in Wehrau zahlt 12 Prozent Dividende und gewährt ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern eine Entschädigung von 8855 Mk. — „Trotz der mannigfaltigen Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe und in der Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte“ erzielte die Arnsdorfer Papierfabrik einen Reingewinn von 86 496 Mk., aus dem die Aktionäre 4 Prozent Dividende erhalten.

Die Preßspanfabrik Untersachsenfeld schlägt ihrer Generalversammlung eine Verdoppelung der Dividende von 6 auf 12 Prozent vor. — Genau so verärgert über die „widrigen“ Verhältnisse ist die Verwaltung der Papierfabrik Reisholz, weshalb sie noch um zwei Prozent über die höchste Friedensdividende hinausgehen und 20 Prozent verteilen muß. Wir brauchen uns deshalb nicht zu wundern, wenn in nächster Zeit die Nachricht erscheint, daß Reisholz auf Grund der „widrigen“ Verhältnisse sich dem Streik der Spinnpapierfabrikanten angeschlossen hat.

Selbstverständlich leidet der größte Teil der übrigen Papierfabriken unter denselben „widrigen“ Verhältnissen. Wollten wir auch deren Grauen vor den gestiegenen Dividenden noch mitteilen, dann müßten wir den Raum unsres Verbandsorgans wenigstens verdoppeln, und das kann uns in der Zeit der Papierknappheit wirklich kein vernünftig denkender Mensch zumuten.

Trotzdem sind wir gern bereit, die Papierindustriellen aus der „widrigen“ Dividendenqueiserei“ zu befreien, ihnen ihr hartes Kapitalistenlos zu erleichtern, indem wir unsern Kollegen den dringenden Rat geben, im Interesse der so schwer geprüften Aktionäre der Papierindustrie mit der Forderung von Lohn-erhöhungen nicht zu schwächern zu sein, damit beide Teile aus den „widrigen“ Kriegsverhältnissen herauskommen. G. St.

Lohnforderung der englischen Papierarbeiter.

Nach Mitteilungen der „Papierzeitung“ tagte anfangs November 1917 in Manchester eine Zusammenkunft der Vertreter des „Bereinigten Verbandes der Papierfabrikarbeiter“ und des „Internationalen Verbandes der Druckerei- und Papierarbeiter“, um eine Erhöhung der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit zu fordern. Dabei sollen folgende Forderungen aufgestellt worden sein:

1. Der bisherige Kriegszuschlag ist dem ständigen Lohn zuzurechnen und eine Erhöhung des Stundenlohns um 3 d (25 Pf.) zu gewähren.
2. Die Arbeitszeit beginnt Montags früh um 6 Uhr und endet Sonnabend früh um 6 Uhr, so daß die Tagesarbeiter am Freitagabend und die Nachtschichtarbeiter Sonnabend früh Arbeitslohn erhalten.

Aus diesen Forderungen ist zu ersehen, daß trotz allen nationalen Mißverständnissen und Meinungsverschiedenheiten, die der Weltkrieg für die europäischen Völker, und besonders auch für die internationale Arbeiterschaft, mit sich gebracht hat, der Drang nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft der alte geblieben ist. Diese Tatsache gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß die Arbeiterschaft in den heute sich so heftig bekämpfenden Ländern nach Beendigung des Krieges bald zu der alten Einheit gelangen wird, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlichem Druce eine internationale Aufgabe ist, an der die Arbeiter aller Länder in gemeinsamer Arbeit mitzuwirken haben.

Leistungszulagen in dänischen Papierfabriken.

Der zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer bestehende Tarifvertrag in der dänischen Papiererzeugungsindustrie wurde bis zum 1. Februar 1919 verlängert. Dabei wurde vereinbart, daß die Arbeiter monatlich 0,50 Kronen und die Arbeiterinnen 0,30 Kronen Leistungszulagen pro Arbeitstag erhalten. Vom 1. Februar an werden diese Leistungszulagen auf 0,60 Kronen für männliche und 0,40 Kronen für weibliche Arbeiter erhöht.

Zucker-Industrie

Höher hinauf mit den Preisen!

In der Tagespresse finden wir folgende Notiz: „Der Verein der Deutschen Zuckerrindindustrie hat an den Staatssekretär des Kriegs-nährungsamts eine Eingabe gerichtet und um baldige Festsetzung der Rübenpreise gebeten. Auf diese Eingabe ist jetzt eine Antwort erfolgt, der wir folgendes entnehmen: „Die Festsetzung des Rüben- und Rohzuckerpreises für 1918/19 ist von mir mit den beteiligten Kreisen eingehend geprüft worden. Dabei hat sich als notwendig ergeben, einen Mindestpreis für Zuckerrüben erst festzusetzen, wenn sich die Gestaltung der übrigen wichtigsten Feldfrüchte übersehen läßt. Es erscheint erforderlich, die Preise in einem angemessenen Verhältnis zueinander zu bestimmen. Die Festsetzung des Rohzuckerpreises für das Jahr 1918/19 wird gleichfalls besser einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben; insbesondere fehlt es zur Zeit an genügenden Anhaltspunkten für die Veranschlagung der Verarbeitungskosten im kommenden Wirtschaftsjahr. Im letzten Jahre hat der Rohzuckerpreis dreimal festgesetzt werden müssen, ehe er in Wirksamkeit trat. Das wird besser vermieden.“

Auf die Ausführungen der Eingabe, die Zuckerrüben müßten den Preis kennen, um in der Lage zu sein, die Anbauverträge abzuschließen, erwiderte der Staatssekretär, daß er die unbefangene Notwendigkeit nicht einsehe. Die Fabriken könnten sich bergesamt helfen, daß sie von dem demnächst festzusetzenden Mindestpreise ausgingen und entsprechend ihren besonderen Verhältnissen die Zuschläge einsetzten. Ob dies Verfahren wirtschaftlich durchführbar ist, möchten wir dahingehend nicht lassen.

Diese Forderung ist nicht ganz vollständig. Der Verein der Zuckerrüben hat nicht nur um „baldige Festsetzung der Rübenpreise“ gebeten. Daran liegt ihm gar nicht so arg viel. Er fordert vielmehr eine baldige Erhöhung der Rübenpreise und in Verbindung damit eine entsprechende Erhöhung der Zuckerrübenpreise. Und zwar soll der Preis für einen Zentner Rüben von 2,50 auf 3,75 Mark erhöht werden. Da der Preis bei Kriegsbeginn etwa 1 Mk. für einen Zentner betrug, steht der jetzige Preis schon um 150 Prozent über dem Friedenspreis. Nach den Forderungen der Zuckerrübenfabrikanten soll er um 275 Prozent darüber hinausgehen. Entsprechend soll natürlich der Preis für Zucker steigen.

Außenstehende wundern sich immer wieder darüber, daß die Zuckerrüben immer wieder eine Preiserhöhung ihres Rohstoffes, eben der Zuckerrübe, fordern, während in andern Industriezweigen gerade über zu hohe Rohstoffpreise geklagt wird. In diesen Spalten ist die Erklärung für diese Tatsache oft genug gegeben worden; sie liegt darin, daß die Besitzer der Zuckerrüben zugleich die Lieferanten der Rüben sind. Jede Erhöhung der Rübenpreise mehrt ihren Gewinn also doppelt. Einmal steigt der Profit an dem Zuckerrübenanbau und zweitens bringen die erhöhten Zuckerrübenpreise noch einen Ertrag. Die Zuckerrübenfabrikanten wissen also sehr wohl, was sie tun, wenn sie die Erhöhung der Rübenpreise in erster Linie fordern und erst nebensächlich eine entsprechende Bemessung des Zuckerrübenpreises.

Die Begründung der geforderten Preiserhöhung ist die alte. Daß die Preise, die jetzt für Rüben gezahlt werden, nicht mehr ausreichen, läßt sich allerdings nicht gut behaupten. Der Landwirtschaftler kann sich überreiche Gewinne zu, daß eine solche Behauptung nur sehr wenig Glauben finden würde. Aber, so begründen die Herren ihr Verlangen, die andern Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie Getreide, Kartoffeln usw., bringen noch mehr Gewinn bei weniger Arbeit als die Zuckerrüben. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß weniger Zuckerrüben angebaut werden, denn die Landwirte fragen nicht, was braucht die Bevölkerung, sondern, was bringt den höchsten Gewinn? Um den Rückgang des Rübenanbaues zu vermeiden, muß der Rübenpreis erhöht oder, wie die Unternehmer das geschickt ausdrücken, „in ein entsprechendes Verhältnis zum Preise der übrigen Feldfrüchte gebracht werden“.

Die Regierung hat diesmal geögert mit der Festsetzung, sie will erst einmal abwarten. Wahrscheinlich will sie damit die ungünstige Wirkung auf die Volkstimmung, die eine erneute Steigerung der Rübenpreise auslösen würde, hinauschieben. Erspart werden wird uns jedoch die neue Steigerung nicht. Hinter der Forderung nach höheren Rübenpreisen stehen so einflußreiche Kreise, so „hochstehende“ Personen, daß mit der Erfüllung ohne weiteres gerechnet werden muß.

Die Arbeiterschaft der Zuckerrübenindustrie hat von der Preiserhöhung keinerlei Nutzen. Ihr Lohn wird dadurch um keinen Heller erhöht, wenn sie nicht stark und einig genug ist, um Forderungen aufstellen und durchsetzen zu können. An dieser Kraft und Einigkeit hapert es zur Zeit leider noch mehr als früher, weil die männlichen Arbeiter zum größten Teil eingezogen und durch Arbeiterinnen und Kriegsgefangene ersetzt sind. Immerhin lassen sich in den Kreisen der Arbeiterschaft noch Erfolge für die Organisation und dann mit überall mit Eifer und Geschick gearbeitet wird, wenn insbesondere unsere Mitglieder in der Zuckerrübenindustrie ihre Pflicht erfüllen. Möchten sie sich ihre Unternehmer zum Muster nehmen, d. h. mit gleicher Energie für höhere Löhne eintreten, wie diese für höhere Preise, — dann würde es in der Zuckerrübenindustrie bald zeitgemäßere Arbeitsbedingungen geben.

Ueber 100 Prozent!

Wie bitter notwendig für die Zuckerrüben die weitere Erhöhung der Rüben- und Zuckerrübenpreise ist, geht mit besonderer Klarheit aus dem Geschäftsbericht der Zuckerrübenfabrik Stuttgart hervor. Obwohl die zur Verfügung stehende Rübenmenge gegen das Jahr 1915/16 zurückblieb, stieg der Rohgewinn von 1 904 232 auf 1 997 301 Mk., also um rund 90 000 Mk. Daneben waren noch über 600 000 Mk. Gewinnüberschuss aus der reichen Profitante des Vorjahres zur Verteilung gekommen. Die Aktionäre erhalten aus dem reichen Segen 25 Prozent Dividende auf 1,8 Millionen Mark Kapital, also 450 000 Mk. Das ist gewiß schon ein annehmbarer Entbehrenslohn. Außerdem gibt es aber noch ein Sondergeschenk in Gestalt von Gratifikation. Wer für 3600 Mk. alte Aktien besitzt, erhält eine neue für 1200 Mk. ganz umsonst. Das wären rein nominell noch einmal 33 1/3 Prozent Dividende. Zufällig ist es weit mehr, weil die neuen Aktien infolge der hohen Rentabilität ja nicht nur 1200 Mk., sondern etwa 3600 Mk. wert sind. Die Sonderdividende beträgt also etwa 100 Prozent, so daß die Aktionäre ihr Kapital in einem Jahre voll herausbekamen und noch einen guten Gewinn erhielten. Wie in der Generalversammlung der Gesellschaft mitgeteilt wurde, will das Reichsfinanzministerium dieser Form der Kapitalerhöhung nicht zustimmen. Deshalb wurde sie aber nicht etwa geändert. Man will einfach abwarten. Den Aktionären ist ja ihr Reibach auf jeden Fall sicher.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Zersplitterung im Gewerkschaftskartell in Mägeln.

Zu Mägeln bei Dresden hat sich, aus Gründen, die wir nicht kennen, das Gewerkschaftskartell aufgelöst. Die einzelnen Gewerkschaften haben sich teilweise dem Pirnaer, teilweise dem Dresdner Kartell angeschlossen, obwohl Ende des Vorjahres mit Mehrheit der gemeinsamen Anschließung an das Kartell in Pirna beschloffen wurde. Aus der Tatsache, daß ein Teil der Gewerkschaften dem Beschluß nicht gefolgt ist, wird nun geschlossen, daß politische Gesichtspunkte da mitspielen haben. Die Leitung des Pirnaer Kartells ist nämlich dem in Dresden entlassenen Arbeitersekretär Weiß, einem Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übertragen worden. Das Sozial-Freibüro vertritt nun folgende Darstellung der Angelegenheit:

Der Anschließung an das Gewerkschaftskartell Pirna wurde im Mägeln Kartell Ende vorigen Jahres mit 19 gegen 11 Stimmen beschloffen, wobei festzustellen ist, daß sich unter den 19 Beiratsmitgliedern auch die Stimmen der (unabhängigen) Parteimitglieder im Gewerkschaftskartell befanden, obwohl diese nach dem Kartellstatut im Kartell zwar Sitz, aber kein Stimmrecht haben sollen. Neben den 11 Kartellbeiratsmitgliedern, die gegen den Anschließung stimmten, enthielt sich noch eine Reihe von Delegierten der Abstimmung, unter ihnen geschloffen die ganze Delegation des Metallarbeiterverbandes. Hinter der Mehrheit von

Delegierten, die sich für den Anschließung erklärte, steht also nicht die Mehrheit, sondern höchstens knapp ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder im Gebiete des bisherigen Mägeln Gewerkschaftskartells.

Tatsächlich haben nun verschiedene Gewerkschaften, und zwar bis jetzt die der Metallarbeiter (auf Beschluß einer Vertrauensmännerversammlung), der Bauarbeiter, der Zimmerer, der Putzarbeiter, der Transportarbeiter und der Brauerei- und Mälzerarbeiter, die sämtlich ihren Mitgliedschaftsgebiet in Dresden haben, dem in der geschilberten Weise zustande gekommenen „Beschluß“ nicht Rechnung getragen, sondern vielmehr nach der Auflösung des Mägeln Kartells Anschließung an das Gewerkschaftskartell Dresden gesucht, an das sich auch das ganze Mägeln Kartell bis in die jüngste Zeit angelehnt hat. So nahmen z. B. an den Vorstandssitzungen und Versammlungen des Dresdner Kartells auch regelmäßig Vertreter des Mägeln teil. Dieses enge Zusammenwirken ergab sich ganz von selbst aus dem Umstande, daß beide Kartelle im gleichen Wirtschaftsgebiet wirkten und daß das große Dresdner Wirtschaftsgebiet auch das ganze Verbreitungs- und Tätigkeitsgebiet des bisherigen Gewerkschaftskartells Mägeln in sich schloß. Gerade diese Tatsache und der weitere Umstand, daß sich das Pirnaer Kartell über ein vom Niederfeldh-Mägeln-Beidenauer grundverschiedenes Wirtschaftsgebiet erstreckt, bestimmte auch die Haltung der genannten Gewerkschaften.

Daneben war für diese Haltung maßgebend, daß die betr. Verbände in dem bisherigen Mägeln Kartellgebiet nicht eigene Mitgliedschaften haben, sondern daß die in diesem Gebiete wohnenden oder arbeitenden Mitglieder zu den Dresdner Verwaltungsstellen dieser Verbände gehören, deren Ausdehnungs- und Tätigkeitsgebiete sich also auf das ganze Groß-Dresdner Wirtschaftsgebiet erstreckt. Es gingen aus Gründen der Einseitigkeit der Verwaltung und des gewerkschaftlichen Wirkens dieser Mitgliedschaften nicht an, die Mitglieder im bisherigen Mägeln Kartellgebiet dem gänzlich außerhalb dieses Groß-Dresdner Tätigkeitsgebietes liegenden und wirkenden Gewerkschaftskartell Pirna zuzuwenden.

Eine Aenderung des Beitragswesens

plant der Tabakarbeiterverband. Wie aus einer von der Verbandsleitung ausgearbeiteten Denkschrift zu entnehmen ist, genügt die gegenwärtige Finanzlage des Verbandes keineswegs mehr den Anforderungen, die die stark veränderte Kaufkraft des Geldes an denselben stellt. Zwar ist die Mitgliederzahl seit dem Jahre 1916 wieder in stetigem Steigen begriffen, diese Steigerung ist indessen nur den unteren Beitragsklassen zugute gekommen. Dadurch ist die finanzielle Entwicklung des Verbandes ins Stoden geraten. Eine baldige Besserung ist ohne statutarischen Eingriff nicht zu erwarten.

Am 1. Oktober 1917 betrug das Gesamtvermögen des Verbandes 581 080,12 Mk. Eine Stärkung der Finanzkraft würde erreicht, wenn die unteren Verdienstgrenzen geändert und die Mitglieder der zweiten und dritten Beitragsklassen sich bereit erklären würden, einen höheren Beitrag, 50 Pf. in der zweiten und 75 Pf. in der dritten, zu entrichten. Als Folge einer solchen Maßnahme müßte die Streit- und Gemahregelunterstützung eine entsprechende Erhöhung erfahren. Diese Verbesserung müßte sich auch auf die Erwerbslosenunterstützung und deren Dauer erstrecken.

Zu dieser Denkschrift hat inzwischen eine Konferenz der Funktionäre des Verbandes Stellung genommen und ihr Einverständnis mit derselben erklärt. Sie beschloß, den Mitgliedern durch eine Urabstimmung die Möglichkeit zu geben, bei der Entscheidung mitzuwirken. Die Vorschläge des Vorstandes sollen noch dahin ergänzt werden, daß bei Streiks die Kriegsunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mk. erhöht wird.

Husland.

Massenstreiks in Oesterreich.

In Oesterreich haben in den Tagen vom 15. bis 22. Januar umfangreiche Streiks stattgefunden. Der äußere Anlaß zum Ausbruch war die Herabsetzung der Migration. Die Ernährungsverhältnisse liegen in Oesterreich noch ungünstiger als in Deutschland; infolge des im Vergleich zu Deutschland geringen Kartoffelverbrauches trifft eine Herabsetzung der gelieferten Mehlmenge die Bevölkerung außerordentlich hart. Das Ausflammen der Streiks konnte man also zwanglos als eine Folge dieser Herabsetzung erklären. Gleichwohl wurde er dadurch nur ausgelöst, nicht eigentlich verursacht. Die tiefere Ursache liegt in der allgemeinen Unzufriedenheit der österreichischen Arbeiterschaft mit der Haltung der Regierung zu innerpolitischen Fragen und mit der Haltung der Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen in Brüssel-Versailles. Damit ist schon gesagt, daß der Streik der österreichischen Arbeiterschaft sich auch gegen Kräfte und Mächte richtete, die außerhalb des Streiks wiederholt, und pflähe sitzen und wirken. Es ist während des Streiks wiederholt, und manchmal mit größter Schärfe zum Ausdruck gekommen, daß die Arbeiterschaft Oesterreichs das Siedende und die Geißelung der Verhandlungen in Brüssel weniger den Vertretern Oesterreichs, als den Vertretern des großen Bundesgenossen zur Last legt. Ob mit Recht oder Unrecht kann hier aus leicht erkennbaren Gründen weder untersucht noch dargelegt werden. Es mag genügen, auf diese Ursache der Bewegung hingewiesen zu haben.

Ueber den Umfang der Arbeitseinstellung sowie über den Gang und über gewisse Begleiterscheinungen dürfte zunächst in Deutschland überhaupt nichts berichtet werden. Erst als die Bewegung fast beendet war, erhielt die Presse die Möglichkeit, über die Vorgänge zu berichten. Hier soll nachträglich auf Einzelheiten nicht eingegangen, sondern nur hervorgehoben werden, daß die Einstellung der Arbeit in fast allen namhaften Industriezweigen Oesterreichs erfolgte und fast zur allgemeinen Stilllegung der Industrie und des Verkehrs führte. Zusammenfasse mit der Polizei oder dem Militär hat es, den Berichten nach, nur sehr wenig und ohne schwerwiegende Folgen gegeben. Die Streikenden gaben ihrem Willen in zahlreichen Versammlungen Ausdruck. Sie forderten den sofortigen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, bessere Regelung der Volksernährung, Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeinden und Auflösung der Militarisierung der Betriebe. Daneben wurden noch einige andere Forderungen erhoben, die aber ansehnlich bei der endgültigen Formulierung zurückgestellt wurden.

Die Regierung hat sich nicht taub stellen können. Sie hat mit den Vertretern der ausländischen Arbeiterschaft verhandelt, und sie hat sich zu bemerkenswerten Zugeständnissen bereit gefunden. Besonders zur Friedensfrage gab der Minister Czernin Erklärungen ab, die sehr beruhigend waren, wenn sie — nicht nur für Oesterreich, sondern für alle Mittelmächte Geltung. Er beteuerte, daß Oesterreich von Vorkriegs „keinen Kreuzer Geld und keinen Quadratmeter Land“ haben wolle und daß an Oesterreichs Haltung die Verhandlungen mit Rußland nicht scheitern würden. Für die geforderte Reform des Gemeinewahlrechts will die Regierung sich mit allen Mitteln einsetzen, und die Militarisierung der Betriebe soll aufgehoben werden. In der Ernährungsfrage wurde weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterwünsche zugesagt. Die Arbeit wurde darauf wieder aufgenommen.

Die rückwärtige Wirkung der Vorgänge in Oesterreich wird durch mancherlei Gemüthungen erschwert. Auch fehlt ein zuverlässiger Rückhalt für die Beurteilung der Zustände. Vorläufig sind es ja nur Versprechungen. Immerhin dürfen wir aus dem Umfang, dem Verlauf und dem Erfolg der Bewegung die Folgerung ableiten, daß die Arbeiterschaft unter Umständen gewillt und imstande ist, ihren Forderungen selbst in der Kriegszeit so viel Nachdruck zu geben, daß selbst ihre zugewandte Regierung sie hören und beachten müssen. Das ist eine Lehre, die über den Kreis der Donaumonarchie hinaus Beachtung erheischt und wahrscheinlich auch finden wird.

Berichte aus den Zahlstellen.

Braunschweig. Am Dienstag, dem 22. Januar, fand in der Mittagsstunde eine Mitgliederversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Nach Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung: Bericht vom vierten Quartal 1917 ging man zum hauptsächlichsten Punkte: Verdrängung vom Verbandstage über. Die beiden Delegierten Heber und Meyer schloffen die in Hannover gepflogenen Verhandlungen. Die längste Zeit der Verdrängung erforderte der Bericht des Vorstandes an den Verbandstag. Die Ansicht der Mitgliederversammlung wurde in folgender, gegen drei Stimmen angenommene Resolution niedergelegt:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des außerordentlichen Verbandstages. Sie erklärt sich keineswegs mit dem Bericht des Vorstandes an den Verbandstag einverstanden. Insbesondere verurteilt die Versammlung die Verwendung von Verbandsgeldern zum Beizuchen von Kriegsanleihe; ferner protestiert sie gegen den Beitritt zum Bunde für Freiheit und Vaterland.“

Die Abstimmung sowie das Eintreten für das Hilfsdienstgesetz betrachtet die Versammlung als gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstoßend. Die heutige Mitgliederversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Verwaltung der Hauptvorstand als auch die Generalkommission bei ihren Entscheidungen in Zukunft sich mehr vom proletarischen Gefühl als von nationalen Interessen leiten lassen.“

Beim letzten Punkt der Tagesordnung erbat die Kollege Genzen Bericht vom Stande der Klage gegen Kleu u. Ko. (Vollstreuband). Durch allerlei Machinationen verzieht der klägerische Anwalt die Sache hinzuziehen. An keine der klägerischen Korporationen ist bis jetzt Geld ausgezahlt. Selbst die Zinsen vom letzten Jahre wurden nicht gezahlt. Von Ohlendorf, der ebenfalls anwesend war, wurde das Vorgehen der Firma verteidigt. D. erklärte, von dem Vorgehen des Anwalts nichts zu wissen. Nach lebhafter Diskussion wurde ferner beschloffen, trotz entgegengegesetzten Standpunktes des Verbandstages Gelde und Ohlendorf nicht mehr als Mitglieder der Verwaltungsstelle Braunschweig zu betrachten. U. Genzer.

Brudmühl. Die anhaltende Teuerung hat unsere Mitglieder auch im vorletzten Jahre dazu gezwungen, öfters mit Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Anfang des Jahres 1917 beauftragte die Arbeiterschaft der Papierfabrik Adam u. Ko. in einer Betriebsversammlung den Arbeiterschuß, für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen pro Tag um 50 Pf. mehr Lohn resp. Teuerungszulage bei der Direktion vorstellig zu werden. Diese Forderung wurde von der Direktion bewilligt und rückwirkend bis zum 1. Januar ausgezahlt. — Am 15. Juni wurde der Arbeiterschuß wieder beauftragt, für alle Arbeiter pro Tag um 1 Mk. mehr Teuerungszulage vorstellig zu werden. Von der Direktion wurden 80 Pf. gewährt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Aufbesserung wurde vom 9. Juni an am 23. Juni erstmalig ausgezahlt. — Am 25. November wurde der Arbeiterschuß neuerdings beauftragt, um eine Erhöhung des Grundlohnes um 50 Prozent für sämtliche Arbeiter an die Direktion heranzutreten. Es erfolgte eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 40 Pf. bis zu 1,70 Mk. pro Woche. Ingesamt hat die Arbeiterschaft der Papierfabrik in den drei angeführten Forderungen pro Tag 2,30 Mk. oder um 13,80 Mk. in der Woche mehr erreicht. Hätte die Arbeiterschaft den Wert der Organisation schon vor dem Kriege mehr beachtet, dann würden ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse heute weit aus bessere sein. — Auch in der chemischen Fabrik Heule wurde in den vorletzten Jahre zwei Lohnforderungen gestellt. Die erste Forderung wurde Ende April gestellt, wonach den Arbeitern eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 50 Pf. pro Tag gewährt wurde. Die zweite Forderung wurde am 7. August gestellt, und es wurde für sämtliche Arbeiter 1 Mk. pro Tag mehr Teuerungszulage gewährt, so daß auch die Arbeiter der chemischen Fabrik um 1,50 Mk. pro Tag oder um 9 Mk. pro Woche mehr erreicht haben. Wenn trotzdem die Löhne der beiden angeführten Betriebe der Teuerung unserer Zeit auf keinen Fall entsprechen, so haben daran ganz besonders jene Arbeiter die Schuld, die heute noch schlafen, d. h. keiner Organisation angehören.

Nun noch einen kurzen Rückblick auf das dritte Kriegsjahr in unserer Zahlstelle. Neuaufnahmen haben wir 95 gemacht. Beitragsmarken wurden 7003 Stück, und zwar 210 Stück à 55 Pf., 5049 Stück à 45 Pf. und 1744 Stück à 25 Pf. mit je 10 Pf. Vorkaufszahlung verkauft. Die gesamte Einnahme der Hauptkasse betrug 2889,75 Mk., die Gesamtausgabe 1608,48 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1218,02 Mk., die Ausgabe 961,08 Mk. An die Hauptkasse wurden 1281,29 Mk. gezahlt. Mitglieder haben wir jetzt nach 41 Monaten Weltkrieg 25 mehr als bei Kriegsausbruch.

Dieser kurze Bericht ist ein klarer Beweis dafür, daß wir getrost dem Ausspruch unseres Verbandsvorstandes Brey auf dem Verbandstag in Hannover: „Unsere Organisation ist gerettet“, beistimmen können. Dann ist dieser Bericht auch eine Lehre für jene, die geglaubt haben, einen Krieg überleben die Organisationen nicht, geschweige gar einen Weltkrieg. — Nun auf ihr alle, die ihr heute noch allein steht, die Werbetrömel ruft euch lauter als je! Sorge ein jedes Mitglied dafür, daß, wenn uns alte kranken Kollegen aus diesem schrecklichen Völkermorden zurückkehren, wir sagen können: Auch wir haben gekämpft und gefiehl!

Frank Rappl

Eisenberg (Pfalz). Am Sonntag, dem 15. Januar, fand die Generalversammlung für das Zahlstellengebiet Eisenberg und Umgebung statt. Sie war leider schlecht besucht, was hier gerügt werden soll. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß in der Zahlstelle im vorletzten Jahre sehr gut gearbeitet wurde. An Beitragsmarken wurden 2607 Stück umgekehrt. Am Anfang des Jahres hatten wir 13, am Ende des Jahres 152 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 1238,40 Mk., die Ausgaben 139,10 Mk. Der Lokalkassenbestand betrug am 31. Dezember 1917 384,58 Mk.; davon sind 300 Mk. verzinstlich bei der Sparkasse Eisenberg angelegt. Die Versammlung nahm den Jahresbericht mit voller Befriedigung entgegen. Kollege Schumacher stellte noch den Antrag auf Gründung einer Lokalkasse, Kollege Götting beantragte, diese Frage in der nächsten Versammlung zur Beratung zu bringen. Es wäre Frage in der nächsten Versammlung besser von den Kollegen besucht am Plage gewesen, daß die Versammlung besser von den Kollegen besucht worden wäre. Hoffentlich findet die nächste Versammlung recht zahlreichen Besuch.

Hannover. Unsere Hoffnung, daß ein Abbau der Preise eintreten würde, hat sich leider nicht erfüllt. Das Gegenteil ist eingetreten. Für die meisten Lebensmittel und Gebrauchsgüter sind im Jahre 1917 die Preise weiter sehr erhebliche Preissteigerungen eingetreten. Die Folge war, daß in der Erhöhung des Lohnes ein Ausgleich gesucht werden mußte. Die Unternehmer haben diesen Wünschen zum größten Teil mehr oder weniger Rechnung getragen. Hier muß leider bemerkt werden, daß die Kollegen nicht immer die nötige Energie gezeigt haben. Es konnte mehr erreicht werden. Forderungen auf Erhöhung des Lohnes resp. der Teuerungszulagen wurden den Leitungen von 14 Betrieben unterbreitet. Erreicht wurde für 5388 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Erhöhung des Lohnes von 30 656 Mk. pro Woche. Im Durchschnitt 5,73 Mk. pro Person und Woche. Im einzelnen stehen die Lohnsteigerungen zwischen 2,40 und 10,50 Mk. pro Woche. Unsere Mitgliederzahl, welche bei weitem nicht insgesamt daran beteiligt war, betrug im Durchschnitt 2400. Nehmen wir an, daß einige Hundert in anderen Verbänden organisiert sind, so bleiben noch Tausende, welche nicht organisiert sind. An den Lohnaufbesserungen haben dieselben jedoch teilgenommen. Für die schon früher gewährten Zuschüsse haben dieselbe Bedeutung. Die Arbeitslosigkeit war auch im vorletzten Jahre ein verhängnisvolles Element. In der Lohnaufbesserung ist zum größten Teil bei Betriebsleitung wegen Kohlenmangels im ersten Quartal ausgezahlt. Anerkennend muß hierbei bemerkt werden, daß die meisten Betriebe einen Teil des Lohnes für diese Zeit der Betriebsleitung zahlten.

Der Versammlungsbefehl ließ sehr zu wünschen übrig. Betriebsversammlungen, in denen Wünsche auf Lohnaufbesserungen behandelt wurden, waren immer gut besucht. Mitgliederversammlungen, welche zur Erhebung geschäftlicher Angelegenheiten und zur Belehrung herbeizuführen wurden, weisen meist eine gähnende Leere auf. Kollegen, das muß anders werden. Es mag zugegeben sein, daß die schon erwähnte Sorge um des Lebens Notdurft andere Gedanken schwerer quälenden läßt. Die Betriebsversammlungen sind aber doch ein Organ, in welchem Beratungen stattfinden, Belehrungen gegeben und Anträge ausgearbeitet werden, um einer besseren Zukunft die Wege zu ebnen. Die Ortsver-

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1917.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and various regional statistics.

Trotz erfolgter Wahrung haben die nachstehenden Zahlstellen die Karten nicht oder zu spät eingesandt:

- List of districts (Gau) and their corresponding card submission status, including Gau 1, Gau 2, Gau 3, etc.

waltung konnte sich in dem Gedanken wiegen, daß alles von ihr Unter- nommene gut und schön ist. Das ist jedoch gefährlich. Eine lebhaftige Ausprägung in den Mitgliederzusammenschlüssen, eine gesunde Kritik an der Geschäftsführung...

Bezirk; dort hat sich die Mitgliederzahl auf nahezu 900 erhöht. Das Ergebnis der Lohnbewegungen ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: Im ganzen wurden 24 Lohnbewegungen geführt. Davon entfallen auf drei Betriebe je zwei Bewegungen...

Dieses „berühmte“ und beunruhigende“ Abstoßen von Arbeits- kräften wird schon heute in der Zeit des Arbeitermangels gefürchtet. Der Staat der Unternehmer für die Kriegsbeschädigten und sonstigen Her- stellern...

Platzhüter Grund. In der Rosen Schänke (Döhlen) tagte am 20. Januar die ordentliche Generalversammlung, wobei folgende Punkte zur Verhandlung standen: 1. Berichtserstattung vom Verbandsrat...

Rundschau. Ein Gewerkschaftsangehöriger in eine Berufsvereinschaft gewählt. Der Vorstand der Deutschen Seefahrervereinschaft hat den Reklamator am „Courier“, dem Organ des Transportarbeiterverbandes, Paul Müller...

Zur's Vieh zu schlecht — für die Menschen gut genug. Auf dem Gebiete des Viehs und des Ertrages ist man ja nach- gerade an manchen gewöhnt. Folgende Geschichte fällt aber doch aus dem alltäglichen Rahmen etwas zu sehr heraus...

Der Handlung des Verbandsrates weißt Zeichnung von Kriegs- entlastung und Verzicht zum Nachlass für Frieden und Vaterland sei von berechtigtem Seiten angegangen worden, wobei der Vorsitzende die Erklärung abgab...

Arbeitslose Professoren. Bekanntlich sind in großem Umfange auch die Lehrer zum Kriegs- dienste eingezogen. In vielen Orten leidet der Schulunterricht unter dem Mangel an Lehrern sehr stark...

Verbandsnachrichten.

- Blauwe Monatskarten. Die blauen Monatskarten für den Monat Januar müssen bis zum 4. Februar in Hannover sein, damit das Ergebnis der Statistik bis zum 8. Februar an das Statistische Amt nach Berlin gesandt werden kann.

Die Generalversammlung des Verbandsrates ist am 20. Januar in der Rosen Schänke (Döhlen) tagte. Die Generalversammlung des Verbandsrates ist am 20. Januar in der Rosen Schänke (Döhlen) tagte...

Der Lauf der Unterbrecher. Im „Arbeiter“ war kürzlich eine Mitteilung der Kriegsmittel- Kommission enthalten in bezug die Verhinderung von Arbeitskräften durch willkürliche Entlassung von Arbeitern...

- Neue Adressen und Adressenänderungen. Kaiserstrasse. Arnt Hyn, Kupferstraße 1. Adam Hellriegel, Scherstraße 17. Lügen. Max Gatsch, Bismarckstraße 5. Otto Gadiß, Mühlengraben.